

Volker Kauder

- (A) fen. Ich glaube, dass es ein Signal wäre, wenn wir uns in Europa noch einmal darauf einigen könnten, Herr Bundesinnenminister, da etwas zu tun. Umso dankbarer bin ich – auch das muss in einer solchen Debatte gesagt werden –, dass wir Anfang Oktober die ersten 100 Flüchtlinge aus dem Irak bei uns in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen können. Das ist ein schönes Zeichen der Solidarität des reichen Deutschlands mit geschundenen Menschen in der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich sehen wir auch die Entwicklung in anderen Ländern. Wir freuen uns zwar darüber, was in Ägypten auf den Weg gebracht worden ist. Trotzdem beklagen wir, dass die Situation der koptischen Christen in Ägypten noch immer nicht stabil ist und dass die Zusage, dass Christen an der Regierung beteiligt werden, nicht eingehalten wurde. Wir sehen, wie Christen in Syrien zwischen die Fronten geraten und wie sie dort brutale Erniedrigung aushalten müssen. Deshalb bin ich der Bundesregierung, vor allem der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister, dankbar, dass sie nicht nur auf ihren Auslandsreisen, sondern auch bei jeder anderen Gelegenheit die Menschenrechte, zum Beispiel Glaubensfreiheit und Schutz vor Verfolgung, ansprechen und deren Einhaltung einfordern. Auch dies ist ein Markenzeichen dieser christlich-liberalen Koalition. Ich finde, auch das gehört in eine solche Generaldebatte. Wir machen an diesem Punkt mehr als eine der Vorgängerregierungen, die von der linken Seite dieses Hauses gebildet wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Man kann, wenn man die Situation betrachtet hat, klar und deutlich sagen – damit wird die Frage, die Sie, Frau Künast, an diesem Rednerpult gestellt haben, beantwortet –: Diese Bundesregierung, diese Bundeskanzlerin, diese Regierungskoalition werden sehr wohl in die Geschichtsbücher eingehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dort wird stehen: Es war diese Regierungskoalition, die in schwierigster Zeit zur Stabilisierung Europas beigetragen hat. Es war diese Regierungskoalition, die dazu beigetragen hat, dass Europa auf den Pfad der Zukunftsfähigkeit zurückgekommen ist. Über diese Regierungskoalition wird in den Geschichtsbüchern stehen: Sie hat Europa vor dem Zusammenbruch gerettet. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir in diesem Hause sollten heilfroh sein, dass eine christlich-liberale Koalition die Regierung stellt. Das ist gut für Deutschland, und das ist gut für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Petra Merkel hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 2002 Ab-

geordnete des Deutschen Bundestages und seit zehn Jahren Mitglied des Haushaltsausschusses. Ich habe in unterschiedlichen Regierungskoalitionen gearbeitet, und seit drei Jahren arbeite ich in der Opposition.

In zwei Legislaturperioden gab es erhebliche Veränderungen. Unter Rot-Grün haben wir die Agenda 2010 auf den Weg gebracht

(Zuruf von der LINKEN: Sind Sie darauf auch noch stolz?)

und haben die Sozialsysteme in Deutschland zukunftsfähig gemacht. In der Großen Koalition haben wir dann das Gesundheitssystem und die Rentenreform beschlossen und umgesetzt.

(Otto Fricke [FDP]: Und jetzt wollt ihr das zurücknehmen!)

Auf Vorschlag der Föderalismuskommission II und mit Zustimmung einer breiten Mehrheit des Bundestages wurde 2009 eine neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert. Diese Schuldenregel folgt unserer Lebenserfahrung: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Wir wollen mit dieser Schuldenregel verhindern, dass in guten Jahren, in denen die Wirtschaft gut läuft und die Einnahmen sprudeln, Wohltaten unter das Volk gestreut werden und die Schuldenberge wachsen. Die Schuldenregel hat übrigens auch verhindert, dass sich die Steuer-senkungspartei FDP in der schwarz-gelben Koalition mit ihrer Forderung nach Steuersenkungen durchsetzen konnte. Diese Schuldenregel ist inzwischen Vorbild in Europa und jetzt auch im Fiskalpakt verankert.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sehen das alle Sozialdemokraten so?)

Insgesamt waren das harte Jahre; denn die Finanzminister Eichel und Steinbrück haben ein hartes Kürzungsregiment geführt. Ein ausgeglichener Haushalt war 2008 in Sicht, als Lehman Brothers kippte. Grundsätzlich gab es durch die bereits erfolgte Reduzierung der Nettoneuverschuldung aber die Möglichkeit, auf die beginnende Wirtschaftskrise zu reagieren. Die Luft war da. Wir haben Konjunkturpakete aufgelegt, die die Wirtschaft unterstützt und angekurbelt haben. In Deutschland haben wir uns für kleinteilige Programme entschieden, die Arbeitsplätze gesichert haben. Jeder kennt noch die Abwrackprämie, das Kurzarbeitergeld und das Programm zur energetischen Gebäudesanierung, das besonders in Schulen und Kitas zur Anwendung kam, um einige Beispiele zu nennen. Diese Maßnahmen sind bei den Menschen angekommen. Wir stellen heute fest: Das war außerordentlich erfolgreich. Die Konjunktur ist angesprungen, und Deutschland ist gut durch die Krise gekommen – bis jetzt.

Nun komme ich zu dieser Legislaturperiode. Welche Reformen hat Schwarz-Gelb durchgesetzt? Welche Weichen wurden gestellt? Wo wurden Strukturen verändert? Wo haben Sie gestaltet? Richtig, Sie haben die Neuverschuldung verringert. Aber das wäre ja noch schöner: Die Steuereinnahmen sind gestiegen. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Dadurch sinken die Sozialausgaben. Sozialsysteme wie die Rente, der Gesundheitsfonds und

Petra Merkel (Berlin)

- (A) die Bundesagentur für Arbeit verfügen über Rücklagen. Aber das ist nicht das Ergebnis schwarz-gelber Politik;

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Doch!)

Sie mussten dafür keinen Finger krümmen. Das ist immer noch das Ergebnis unserer Strukturveränderungen.

(Beifall bei der SPD – Jörg van Essen [FDP]:

Ist das alles vom Himmel gefallen?)

– Nein. Wir haben dafür hart gearbeitet. Aber Sie haben sich ins gemachte Nest gesetzt.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Ach, Petra! Was soll denn das? – Das war aber ein hartes Kissen! Das kann ich Ihnen sagen!)

Sehen wir uns einmal den Finanzplan an. Im Jahre 2013 machen Sie neue Schulden in Höhe von 18,8 Milliarden Euro. Die tatsächliche Neuverschuldung war allerdings schon im Jahre 2011 geringer; damals lag sie bei 17,3 Milliarden Euro. Sie wollen laut Ihrem Entwurf also mehr Schulden machen, meinen aber, das sei ehrgeizig.

Lassen Sie uns einmal genau anschauen, wodurch Sie die Neuverschuldung senken.

(Otto Fricke [FDP]: Senken wir sie denn jetzt oder nicht?)

Sie senken die Neuverschuldung, indem Sie die Steuereinnahmen künstlich hochrechnen: Sie veranschlagen die Steuereinnahmen um 7,6 Milliarden Euro höher als in diesem Jahr. Das ist trickreich vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaft warnt, dass die Zahl der Aufträge zurückgeht. Wenn dunkle Wolken am Horizont auftauchen, dann denken Sie nicht an Vorsorge, sondern legen sich in die Sonne.

(B)

Sie senken die Neuverschuldung, indem Sie in die Rücklagen der Sozialsysteme greifen. Sie kürzen bei der Rentenkasse 1 Milliarde Euro, und beim Gesundheitsfonds wollen Sie 2 Milliarden Euro kürzen.

(Otto Fricke [FDP]: Sind Sie dagegen?)

Das ist eine kurzzeitige Politik; denn die Systeme sollen sich auf eine Krise vorbereiten.

Stark kürzen Sie bei der Arbeitsförderung –

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Es sind auch mehr Leute in Arbeit!)

2,1 Milliarden Euro zulasten der Langzeitarbeitslosen – und reden gleichzeitig von Fachkräftemangel. Echte Umschulung ist angesagt, und die kostet.

Was ist von Ihrem Sparpaket übrig geblieben? Sie haben dieses Sparpaket nur in Teilen umgesetzt. Die Brennelementesteuer – 2,3 Milliarden Euro – hat sich in Luft aufgelöst. Die Bundeswehrreform ist von Minister zu Guttenberg vermurkst worden. Sie sollte 8 Milliarden Euro Einsparung bringen; jetzt fließen 1,3 Milliarden Euro mehr in den Verteidigungsbereich. Die angemessene Haftung der Finanzbranche sollte bis 2012 2 Milliarden Euro bringen. Auch das haben Sie nicht geschafft.

- (C) Gespart haben Sie bei den Menschen, denen es wirklich wehtut. Ihr Sparpaket spart bei den Schwachen, bei Langzeitarbeitslosen und Familien. Ich erinnere an die Kürzung des Elterngeldes: gedeckelt, Bezugszeit reduziert, ALG-II-Empfängern völlig gestrichen. Bei den Leistungen der Bundesagentur für Arbeit wird dauerhaft gespart; bis 2016 sind das 16 Milliarden Euro. Schwache Schultern müssen bei der schwarz-gelben Koalition wahrlich mehr tragen als starke.

(Beifall bei der SPD – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Nein, das stimmt nicht!)

Sie wissen, welche Risiken Sie mit dem Haushalt 2013 eingehen: Es gibt auch in diesem Haushalt wieder keine Vorsorge für Risiken aufgrund der Finanzkrise. Eine solche Vorsorge hat die SPD schon für den Haushalt 2012 beantragt, aber sie ist abgelehnt worden. Die Einnahmeerwartung, was den Bundesbankgewinn angeht, bleibt gleich. Und wie sieht es mit den Zinsen aus? Die haben Sie mit 31,7 Milliarden Euro um 2,5 Milliarden Euro niedriger angesetzt als 2012. Nach den Entscheidungen der EZB ist das fahrlässig.

Die Wirtschaft warnt, dass die Konjunktur abflacht. Wie soll die Bundesagentur reagieren, wenn Sie ihr die Rücklagen wegekürzen? Zur Erinnerung: Die Bundesagentur hatte 2009 eine Rücklage von 18 Milliarden Euro, die innerhalb eines Jahres für das Kurzarbeitergeld aufgebraucht wurde.

(Otto Fricke [FDP]: War das falsch?)

- (D) Dazu sind solche Rücklagen da. Anderenfalls müsste die Bundesagentur ein Darlehen aufnehmen. Es müssen also jetzt Rücklagen gebildet werden, damit man in der Krise handlungsfähig ist.

Ihre größte Subvention ist weiterhin die Aufstockung von Dumpinglöhnen. Früher gab es in Deutschland eine Unternehmensethik: Man führte ein Geschäft nur, wenn man die Mitarbeiter bezahlen konnte. Heute zahlt mancher Unternehmer Dumpinglöhne und schickt die Mitarbeiter zum Jobcenter zum Aufstocken. Das bedeutet eine Subvention von 8 Milliarden Euro. Der Mindestlohn muss endlich flächendeckend eingeführt werden. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können.

Warum haben Sie in dieser Legislaturperiode eigentlich keine Reformprojekte umgesetzt? Auf der einen Seite hat die Europapolitik sicherlich Kräfte gebunden. Die Kanzlerin war mehr im Ausland unterwegs und hat ihren Schwerpunkt dorthin verlagert; das war auch richtig. Der Streit zwischen CDU und CSU sowie zwischen Union und FDP hat allerdings die Inlandsspalten der deutschen Zeitungen gefüllt. Die Kanzlerin hat die Richtlinienkompetenz nicht ausgeübt. Stattdessen schreiben Sie die Klientelpolitik weiterhin groß: hier ein Rettungsschirm für die FDP mit der Hotelsteuer, dort ein Rettungsschirm für die CSU mit dem Betreuungsgeld.

Ich komme noch kurz zu Europa.

(Otto Fricke [FDP]: Kommen Sie doch mal zu Berlin!)

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Manch einer von Ihnen gerät in Versuchung, Europa populistisch kleinzureden. Da werden Ressentiments gegen andere Völker geschürt. Da wird der Austritt eines Landes schon einmal auf dem Reißbrett durchgespielt. Da schwingen Töne mit, die vielleicht kurzfristig im Wahlkampf helfen, aber das Vertrauen in Europa langfristig zerstören und damit die Demokratie bei uns und in anderen europäischen Staaten gefährden.

Die Konsequenzen der Beschlüsse der EZB werden wir im Haushaltsausschuss und im Plenum sicherlich noch beraten und analysieren. Ich bin gespannt, was Bundesbankpräsident Weidmann dazu sagen wird.

Wir haben heute mit Spannung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet. Karlsruhe sagt Ja zum ESM, mit Vorbehalten. Diese Vorbehalte stärken das Budgetrecht des Deutschen Bundestages. Das ist gut so. Ich muss sagen: Ich bin wirklich sehr erleichtert. Wahrlich, ein guter Tag für Europa, ein guter Tag für dieses Parlament mit seinen Rechten!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Warum haben Sie nicht davor dafür gekämpft?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion:

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die FDP-Bundestagsfraktion genauso wie für die FDP als Partei sagen, dass uns das heutige Urteil des Verfassungsgerichts ungeheuer freut und beruhigt; denn wir haben mehr als andere Parteien mit dieser Sache zu tun gehabt. Wir haben einen Mitgliederentscheid durchgeführt. Alle Mitglieder waren aufgerufen, ihr Urteil zu fällen. Das ist positiv für den ESM ausgegangen, aber knapp positiv.

In der Zwischenzeit hat in allen Fraktionen die Diskussion darüber stattgefunden. Dabei ist immer wieder Sand ins Getriebe gestreut worden und Verunsicherung betrieben worden. Deswegen ist es gut, dass das Verfassungsgericht jetzt eindeutig, und zwar ohne Vorbehalt, Frau Merkel, klargestellt hat, dass der ESM und der Fiskalpakt verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sind, sondern in Ordnung sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Klarstellungen, die darüber hinaus getroffen worden sind, waren besonders wichtig, beispielsweise die Begrenzung der Haftung auf 190 Milliarden Euro. Über diese Haftung ist von wichtigen Ökonomen viel in Zeitungen geschrieben worden, was sich aber alles als Unfug herausgestellt hat. Die Pflichten der Bundesregierung zur Auskunft gegenüber dem Deutschen Bundestag werden eindeutig bestätigt, genauso wie auch auf europäischer Ebene. Das soll völkerrechtlich fest verankert

werden. Das stärkt den Deutschen Bundestag in seinen Mitwirkungsrechten noch einmal.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: So ist es!)

Schließlich ist indirekt bestätigt worden, dass eine Erweiterung der Haftungsgrenzen für Deutschland nicht infrage kommt. Ich verstehe das so, dass es keine Euro-Bonds und keine Bankenlizenz für den ESM geben darf, dass aber auch ein Alt- oder Neuschuldentilgungsfonds, wie immer Sie das interpretieren wollen, nicht möglich ist und verfassungsrechtlich bedenklich wäre.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe mich sowieso gewundert, warum Sie von der SPD und den Grünen, nachdem Sie die Sache mit den Euro-Bonds aufgegeben haben,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Halbherzig!)

auf den Altschuldentilgungsfonds eingeschwenkt sind.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Der im Übrigen nichts nutzen würde!)

Man muss doch nur einmal nachrechnen, was das heißt. Das hat auch der Sachverständigenrat selbst in aller Offenheit dargestellt. Wenn Sie den Altschuldentilgungsfonds installieren, dann wird Deutschland für die Alt-schulden der betroffenen Länder mithaften. Diese summieren sich auf 2,1 Billionen Euro. Das ist genauso viel wie die deutschen Schulden. Damit steigt, was die Haftung anbetrifft, die Staatsschuldenquote von Deutschland von heute 82 Prozent auf über 160 Prozent. Damit wären wir – wenn Sie die Ratingagenturen dazu befragen würden, würden sie Ihnen das bestätigen – auf dem Niveau von Griechenland.

(D)

Was wäre die Folge? Die Folge wäre, dass wir nicht nur für unsere Schulden im Altschuldentilgungsfonds, sondern auch für unsere übrigen Schulden sehr viel höhere Zinsen bezahlen müssten. Das würde sich, wenn man das ganz nüchtern ausrechnet, auf einen Betrag in zweistelliger Milliardenhöhe belaufen, der bis auf 40 bis 50 Milliarden Euro pro Jahr anwächst. Man muss doch ökonomisch von Sinnen sein, wenn man einem solchen Modell folgen wollte. Das verbietet sich von selbst.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen bleibt es dabei: strikte Konditionalität, keine Haftungsvermischungen. Es muss der Grundsatz gelten: Jeder muss für sein Handeln haften. Das gilt im Zivilrecht. Genauso muss es für Staaten gelten. Es darf nicht sein, dass die Haftung auf andere übertragen werden kann, um sich dann aus der Verantwortung zu stellen.

Ein Wort noch zur Bankenunion. Natürlich brauchen wir eine europäische Bankenaufsicht, insbesondere natürlich für die europaweit oder international agierenden Banken. Aber wir brauchen keine gemeinsame Haftung bei den Einlagen; denn die Einlagensicherungsfonds sind im Besitzstand der Sparer, der Kunden und der Gesellschafter der Banken, die sie angesammelt haben. Es